Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/3029

Schriftlicher Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik (8. Ausschuß)

über den Bericht der Bundesregierung über Internationale Organisationen

— Drucksache V/1635 —

A. Bericht des Abgeordneten Dr. Martin

Der Bericht geht auf den Beschluß des Deutschen Bundestages vom 18. Januar 1967 — Drucksache V/1191 — zurück. Danach wurde die Bundesregierung ersucht zu berichten, wie und in welchem Verhältnis zu anderen Ländern der Bund personell und finanziell an internationalen Organisationen sowie bilateralen und multilateralen Rahmenabkommen auf wissenschaftlichem Gebiet beteiligt ist.

Die Bundesregierung ist dem Ersuchen nachgekommen und hat in der Anlage I der der Drucksache V/1635 beigefügten Übersicht die Zahl der deutschen Staatsangehörigen im Höheren Dienst der genannten internationalen Organisationen auf dem Gebiet der Forschung, der Technik und der Verwaltung sowie das Verhältnis zur Gesamtzahl der Bediensteten in gleicher Funktion dargestellt. Die Übersicht führt ferner die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel, die voraussichtlich für das Jahr 1967 zur Verfügung stehenden Mittel und das Verhältnis dieser Beiträge zum Gesamthaushalt auf.

Der Präsident des Deutschen Bundestages hat den Bericht am 28. April 1967 gem. § 76 Abs. 2 GO dem Ausschuß für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik federführend, an den Auswärtigen Ausschuß und den Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

Der Ausschuß für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik hat sich in der 57. Sitzung am 7. März 1968 und der 61. Sitzung am 19. Juni 1968 mit diesem Bericht befaßt. Bei den Beratungen gelangte der Ausschuß zu der Auffassung, daß der Bericht dem Ersuchen des Bundestages Rechnung trägt, sich jedoch die Frage nach einer angemessenen Repräsentanz stellt. Bei einem Vergleich des deutschen Personalanteils zum deutschen Beitragsanteil ist bei einigen Organisationen z. T. eine erhebliche Differenz festzustellen. Bei der ENEA ergibt sich bei einer finanziellen Beteiligung von 22,10 % (1967) ein Personalanteil von 9,09 %, mithin eine Unterrepräsentation von 13 %. Bei der Eurochemic beträgt die Differenz 11 %, bei CERN 7 % für das Forschungs- und 15 % für das Verwaltungspersonal. Bei der ELDO, die sich mit der Entwicklung europäischer Trägerraketensysteme beschäftigt, ist die Differenz am größten. Sie beträgt bezogen auf das Forschungspersonal und den finanziellen Beitrag für 1967 rd. 17 %. Die Frage, ob diese Unterrepräsentation durch Forschungs- und Lehraufträge ausgeglichen wird, kann nach den Angaben (in Anlage I a) nicht beantwortet werden, da lediglich bei der ESRO der deutsche Anteil an den Aufträgen mit 15 % zahlenmäßig angegeben ist.

Da der Bericht keinen Aufschluß über die Unterrepräsentanz gibt, ist der Ausschuß der Ansicht, daß die Bundesregierung die Gründe hierfür darlegen und für eine stärkere Beteiligung deutschen Personals an internationalen Organisationen die geeigneten Maßnahmen treffen sollte.

Die vom Auswärtigen Ausschuß in seiner Stellungnahme vom 19. Januar 1968 und vom Haushaltsausschuß in seiner Stellungnahme vom 9. Mai 1968 gemachten Vorschläge wurden bei der Beschlußfassung des Ausschusses für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik berücksichtigt.

Der Ausschuß faßte seinen Beschluß einstimmig.

Bonn, den 19. Juni 1968

Dr. Martin
Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht,

auf Grund der deutschen Unterrepräsentation bei den im Bericht der Bundesregierung — Drucksache V/1635 — genannten Organisationen

1. sich zu bemühen, bei der Besetzung von Positionen in übernationalen Organisationen in stärkerem Maße, mindestens jedoch im angemessenen Verhältnis zur finanziellen Beteiligung, die Beschäftigung von Deutschen zu erreichen,

2. in dem Nachtrag zum Bundesforschungsbericht II die Gründe für die deutsche Unterrepräsentation und die Überrepräsentation anderer Länder darzulegen und Vorschläge zu unterbreiten,

   a) wie der deutsche Einfluß auf die Stellenbesetzung verbessert und

   b) wie die Arbeit in internationalen Organisationen für deutsche Fachkräfte attraktiver gestaltet werden kann,

3. dafür Sorge zu tragen, daß eine ausreichende Zahl qualifizierter deutscher Fachkräfte sich für die Arbeit in internationalen Organisationen zur Verfügung stellt,

4. die Organisationen, die eine angemessene deutsche Beteiligung nicht fördern, auf mögliche Konsequenzen bei der Beitragsleistung der Bundesrepublik Deutschland hinzuweisen,

5. bis zum 1. Mai 1970 einen neuen Bericht vorzulegen.

Bonn, den 19. Juni 1968

Der Ausschuß für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik

Dr. Lohmar
Vorsitzender

Dr. Martin
Berichterstatter